Stellungnahme Diskussionsentwurf UrhG, UrhDaG vom 24.06.2020

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Namen der Landesarbeitgemeinschaft der sächsischen Industrie- und Handelskammern bedanken wir uns für Übermittlung des o.g. Diskussionsentwurfs, zu dem wir wie folgt Stellung nehmen:


2. UrhDaG

a) Zunächst einmal ist positiv zu bemerken, dass die Regelung für Dienstanbieter in einem eigenen Gesetz nicht nur zur Überschaubarkeit der Materie dienen, sondern auch rechts-
dogmatisch sinnvoll sind. Auch sorgen die vorgeschlagenen Regelungen für eine klarere
Rechtslage, als dies bisher der Fall war.

Mit der Schaffung von eigenen Rechten und Pflichten für Dienstanbieter gem. § 1, 2 UrhDaG-E
wird schon auf Grund der zu berücksichtigenden Kosten (z.B. bei Inanspruchnahme, Schieds-
verfahren § 14 UrhDaG-E usw.) eine hohe wirtschaftliche Hürde für Startups in diesem Bereich
etabliert. Insofern sind die Ausnahmen gem. § 2 II – III UrhDaG-E zu begrüßen. Tatsächlich bedeu-
tet § 2 IV UrhDaG-E jedoch für die betroffenen Unternehmen immer die Offenlegung von Bilanzen.
Soweit keine Bilanzierungspflichten gem. HGB oder AO hinzukommen liegt darin die Herausgabe
von Firmenintern. Insbesondere bei Startups i.S.d. § 2 Abs. 2 UrhDaG-E ist ein Abstellen auf den
Umsatz nicht zielführend. Hier genügt bereits das zeitliche Kriterium der Tätigkeit am Markt. In
Zusammenschau mit § 10 Abs. 2 UrhDaG-E ergibt sich sodann ein schlüssiges Bild für die Privile-
gierung der Startups. Hier wird zusätzlich auf das Kriterium der durchschnittlichen Besucher
abgestellt. Letzteres wäre auch ein geeignetes Kriterium für die Definition des kleinen Dienste-
nanbieters i.S.d. § 2 Abs. 3 UrhDaG-E. Bei einem Verzicht auf das Kriterium des Umsatzes wäre
zudem § 2 Abs. 4 UrhDaG-E obsolet.

b) Vergütungsanspruch gegen DA, § 7 UrhDaG-E

Die Regelungen sind für die Kreativen zu begrüßen, gleichzeitig bedeuten sie eine weitere
wirtschaftliche Hürde für Dienstanbieter. Da aber eine öffentliche Wiedergabe ebenfalls eine
Verwertungshandlung darstellt, ist dieser wohl gerechtfertigt. Auch wenn Gründungen in dem
Sektor der Dienstanbieter in Deutschland damit natürlich gehemmt werden.

c) § 8 UrhDaG-E

Gem. § 8 UrhDaG-E II besteht ein Verbot zur Lösung urheberrechtsverletzender Inhalte, wenn
eine Kennzeichnung als rechtlich zulässig vorgenommen wurde und diese Markierung nicht offen-
sichtlich unzutreffend ist. Der DA muss dann nur den Rechteinhaber informieren. Der Gesetzgeber
hat hier ausdrücklich die Rechtsfolge der Haftung für die DA im Hinblick auf Vervielfältigung und
öffentliche Wiedergabe ausgeschlossen. Dies ist ausdrücklich zu begrüßen.

d) § 10 III UrhDaG-E

Es wird eine widerlegliche Vermutung etabliert, dass kleine Dienstanbieter gem. § 2 III im Hinblick
auf den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit nicht zur Sperrung verpflichtet sein sollen. Hier stellt
sich die Frage der praktischen Umsetzung. Wie soll denn ein Rechteinhaber diese Vermutung
widerlegen? Umsatzzahlen dürften bei den kleinen DA nicht bekannt sein, es wird daher auf eine
Verhältnismäßigkeitserwägung ankommen, die für die Unternehmen nicht vorhersehbar sein
dürfte und auf die sie auch keinen Einfluss haben dürften (persönliche Situation des Rechtein-
habers durch den Eingriff in seine Rechte). Die Umkehr der Beweislast durch die widerlegliche
Vermutung ist mit Blick auf die Kenntnis der Tatsachen, welche eine Unverhältnismäßigkeit der
Lösung begründen, abzulehnen. Hier wird der Rechteinhaber gegenüber auch dem kleinen
Dienstanbieter benachteiligt. Letzterem sollte es hingegen nicht schwer fallen Tatsachen für eine
Unverhältnismäßigkeit der Sperrung vorzutragen.

e) Rechtliche Beurteilung wird auf Dienstanbieter übertragen

Ähnlich wie beim Netzwerkverordnungsgesetz wird die Verantwortung für eine rechtliche Beurtei-
lung mehr und mehr den Dienstanbietern aufgelastet. Der Dienstanbieter hat verschiedene
rechtliche Beurteilungen zu treffen, um sich selbst vor einer Inanspruchnahme zu schützen. So
z.B. die Beurteilung, ob eine gesetzliche Ausnahme §§ 51 ff. URG vorliegt und ob eine Kennzeich-
nung als geschützte Inhalte nicht offensichtlich unzutreffend ist. Es stellt sich die Frage, ob diese
Last im Verhältnis zur eigenen „haftungs begründenden“ Tätigkeit (das Vorhalten des Portales und
die Schaffung der Möglichkeit einer potenziellen Urheberrechtsverletzung) steht. Das vorgeschla-
gene System entspricht der Halterhaftung im Straßenverkehrsrecht. Von großer Bedeutung sind in
diesem Zusammenhang wieder die Ausnahmen für kleine Dienste. Zwar werden sie von der Beurteilung nicht befreit, aber von der Pflicht zur Sperrung. Gerade für kleine Diensteanbieter wie auch für Startups in diesem Bereich wäre hier die Entlastung von der Bürde der rechtlichen Beurteilung wünschenswert.


Mit freundlichen Grüßen
im Namen der Landesarbeitsgemeinschaft der sächsischen Industrie- und Handelskammern

gez.
Hans-Joachim Wunderlich
Hauptgeschäftsführer der IHK Chemnitz